



iran-report

Nr. 01/2003

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Parlament beschließt Aufhebung des Verbots von TV-Satellitenempfängern - Gesetzesinitiative muß Wächterrat passieren - Wachsende Bedeutung ausländischer TV-Sender in der innenpolitischen Kommunikation / Schließung zweier Reformzeitungen / Prozeß gegen Meinungsforschungsinstitute - Anklage gegen Reform-Journalisten Abdi - Gerüchte über Absprachen zwischen gemäßigten Konservativen und Reformern / Größte iranische Studentenorganisation Tahkim Wahdat fordert Volksbefragung / Iran sichert jüdischen Bürgern Wahrung ihrer Rechte zu / Wächterrat blockiert Parlamentsbeschluss zum Folterverbot - Insbesondere Verbot von Isolationshaft abgelehnt / Iran will Steinigungen abschaffen / Parlament bezeichnet Urteil gegen Universitätsprofessor Aghadjari als irrelevant / Landesweite Kommunalwahlen am 28. März 2003 / Abwanderung von Fachkräften / Mitglied des iranischen Schriftstellerverbandes verhaftet / Iran bildet wieder Polizistinnen aus - 400 Frauen treten ihren Dienst im Oktober an.

II. Wirtschaft

Zunehmender Benzinschmuggel von Iran nach Pakistan / Anstieg des Handelsvolumens zwischen beiden Ländern / Investitionsschutz für Auslandsiraner / Negative Handelsbilanz trotz wachsendem Non-Petrol-Export / Verteuerung des Euro belastet iranische Wirtschaft.

III. Außenpolitik

CNN-Bericht über angebliche geheime Atomanlagen in Iran - Regierung dementiert militärische Nutzung - Internationale Atomenergie Organisation bereits von der iranischen Regierung informiert - IAEA-Inspektion im Februar / Gemeinsame Manöver der pakistanischen und iranischen Streitkräfte / Persischer Dienst von Radio Free Europe auf 24 Stunden ausgeweitet - Grußwort von Präsident Bush an die iranischen ZuhörerInnen / Iranischer Außenminister Kharrazi wegen geplanten Treffens mit irakischem Außenminister Sabri kritisiert / Iran weist US-Vorwürfe wegen Al-Qaida-Unterstützung scharf zurück / Mehr als 200 Iranerinnen und Iraner in US-Untersuchungshaft / EU-Delegation in Teheran / Auswärtiges Amt in Berlin dementiert Bericht iranischer Zeitung.

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 02/2003 Mitte Februar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Januar 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

alvarez@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de

I. Innenpolitik
Das Verbot von TV-Satellitenempfängern soll aufgehoben werden

Wenn islamische Fundamentalisten in Iran die Medien, vor allem Fernsehen und Internet verdammen, haben sie, aus ihrer Sicht betrachtet, völlig recht. Den Turban tragenden Herrschern geht es allerdings seit geraumer Zeit nicht mehr um die Darstellung nackter Haut, die bei Männern sündhafte Begierden wecken und damit die islamische Moral verletzen könnte - sonst hätten sie nicht den Schwarzmarkt für Videofilme monopolisiert: zwar verhängten sie selbst das Verbot über solche Filme, das lukrative Geschäft wollten sie sich jedoch nicht entgehen lassen. Die fundamentalistische „Medienschelte“ zielt hauptsächlich auf Informationen über die politischen Vorgänge im eigenen Land, die der Bevölkerung vorenthalten werden sollen.

Direkt nach der Machtübernahme wurden Fernsehen und Rundfunk unter die Kontrolle der Gottesmänner gebracht und befinden sich seitdem als staatliche Institutionen in der Hand der Konservativen. Eine strenge Zensur erzwang fast zwei Jahrzehntlang die Gleichschaltung der Medienlandschaft. Erst mit der Wahl von Staatspräsident Chatami eröffneten sich kritischen Zeitungen Freiräume - allerdings nur für kurze Zeit. In den letzten zwei Jahren wurden fast 90 Tageszeitungen verboten und zahlreiche Journalisten in Haft genommen.

Ausländische Fernseh- und Radiosender lagen und liegen jedoch außerhalb des Machtbereichs der Konservativen. Gefährlich sind insbesondere die persischsprachigen Dienste z.B. der BBC, der Stimme Amerikas, des Radio Freies Europa oder von Radio Israel. Auch die Deutsche Welle sendet nun mit einem erheblich verbesserten und aktuellen Programm täglich in persischer Sprache, nachdem Jahre lang Berichte über bayrische Trachten und deutsche Volksmusik den Informationsbedarf iranischer Hörer verfehlten.

Die Auslandssender spielten in Iran schon einmal eine wichtige Rolle gespielt. Es ist bekannt, daß die iranische Revolution ohne das Mitwirken der BBC nicht möglich gewesen wäre. Heute

nimmt die Bedeutung dieser Sender immer stärker zu - nicht von ungefähr weitete das von den USA finanzierte Radio Freies Europa sein Programm von drei auf vierundzwanzig Stunden pro Tag aus. Ein wichtiger Grund für die gestiegene Popularität dieser Sender liegt darin, daß die Reformer im Inland, deren Kommunikationsmöglichkeiten mit der Bevölkerung von den Konservativen zunehmend eingeschränkt werden, immer häufiger diese Kanäle benutzen, den iranischen Bürgerinnen und Bürgern ihre Botschaften mitzuteilen. So verbuchen diese Sender unvergleichlich mehr Zuschauer und Zuhörer als die inländischen.

Diesem Treiben versuchte die iranische Justiz Einhalt zu gebieten. Radiogeräte konnten sie nicht verbieten, wohl aber Satellitenschüsseln. Doch daß das vor acht Jahren verhängte Verbot währte nicht lange. Schon wenige Wochen danach wurden die in den Kellern versteckten Schüsseln wieder auf den Dächern installiert. Seit dem Verbot wurden mehr als drei Millionen neue Empfänger verkauft.

Nun hat das Parlament, in dem die Reformer die Mehrheit haben, die Aufhebung des ohnehin wirkungslosen Verbots beschlossen. Es bleibt aber fraglich, ob der von Konservativen besetzte Wächterrat, der das letzte Wort hat, diesen Beschluß hinnehmen wird. Das ist nicht völlig ausgeschlossen, denn der Beschluß enthält gewisse Einschränkungen, etwa die, daß es dem Staat obliegt, zu entscheiden, welche Satellitensender empfangen werden dürfen. Das Parlament beauftragte das Ministerium für Telekommunikation, in den nächsten sechs Monaten Empfänger zu entwickeln, die nur eine begrenzte Anzahl von ausländischen Sendern empfangen können. Für bestimmte Berufsgruppen wie etwa Journalisten oder Wissenschaftler sollen die Einschränkungen nicht gelten. Ob die Millionen, die bisher das Verbot mißachtet haben, sich den Einschränkungen fügen werden, darf bezweifelt werden.

Nicht minder wichtig als Fernsehen und Rundfunk ist das Internet, zu dem bereits rund zwei Millionen Iraner Zugang haben. Das Internet hat innerhalb kürzester Zeit wie ein mächtiger Strom alle Dämme gebrochen, die die Islamisten an den Grenzen rund um das Land

errichtet hatten. Über das Internet ist jede Nachricht, die im Iran zensuriert wird, zu erhalten. Viele bekannte Journalisten, deren Zeitung verboten wurde, haben inzwischen gruppenweise ihre eigene Webseite eröffnet. Das Internet hat auch die Mauer eingerissen, die Jahre lang zwischen der Opposition im In- und Ausland bestand. Noch nie funktionierte die Kommunikation der politisch engagierten Exilanten mit den Aktivisten im Inland so gut wie heute. Hier ist die Zensur völlig machtlos. Die Verbindung ist leicht herzustellen. Allein in Teheran gibt es über 3000 Internet-Cafés. Der Versuch der Behörden, sie zu schließen, scheiterte am Widerstand der Jugendlichen. Das Internet erzeugte eine Revolution, die sich im Stillen und unbemerkt von der herrschenden Macht, an den Universitäten, Schreibstuben, theologischen Hochschulen und anderen Orten, an denen ein PC steht, ihren Weg bahnt. Das Internet ist der Triumph der Technik über Diktaturen, die ihrem Volk das Denken verbieten und Informationen vorenthalten.

Schließung zweier Reformzeitungen

Am vergangenen Samstag, den 11. Januar, wurden zwei der bedeutendsten, noch publizierenden Reformzeitungen verboten. Ein Teheraner Zivilgericht verfügte die Schließung der Tageszeitung „Bahar“. Ohne weitere juristische Präzisierung lautete der Vorwurf des Gerichts „Beleidigung der Autoritäten“. Einer der Herausgeber von „Bahar“, Saeid Pour-Azizi ist zugleich Abteilungsleiter im Informations- und Nachrichtenamt von Präsident Chatami. Das Gericht bestellte gleichzeitig einen weiteren Herausgeber von „Bahar“, Hadi Chamenei, zu einer Anhörung ein. Hadi Chamenei, Geistlicher und Parlamentsabgeordneter der Reformfraktion, ist ein scharfer Kritiker der Politik seines Bruders, des Revolutionsführers Ayatollah Chamenei.

Am selben Tag ordnete das Teheraner Sondergericht für die Geistlichkeit ein Erscheinungsverbot für die Zeitung „Hayate-No“ an. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit dem Nachdruck einer 65 Jahre alten us-amerikanischen Karikatur, in der Präsident Roosevelt einem damaligen Richter am obersten Gerichtshof der USA den Daumen auf den Kopf drückt. Das Sondergericht für die

Geistlichkeit erklärte, daß die Darstellung des US-Richters -als älterem, bärtigem und in einer schwarzen Robe gewandeten Mann- starke Ähnlichkeit mit Ayatollah Khomeini aufweise. Das Gericht ordnete die Einleitung eines Verfahrens gegen alle an der Veröffentlichung beteiligten Personen an.

Präsident Chatami kritisierte die Schließung der beiden Zeitungen und erklärte, er hoffe, daß beide Zeitungen bald wieder erscheinen könnten.

Wie die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch diese Woche mitteilte, seien zwei Herausgeber von „Hayate-No“, Alireza Eshraghi and Rahman Ahmadi, verhaftet worden. Über ihren Verbleib gebe es keine Informationen. Human Rights Watch forderte die Einstellung der Verfahren und die sofortige Freilassung aller im Zusammenhang mit diesen Vorwürfen verhafteten Personen.

Prozeß gegen die Meinungsforscher

Das brisanteste Thema, das zurzeit die Gemüter in Iran erregt, ist der laufende Prozeß gegen drei Meinungsforscher. Wie bereits berichtet (ir 10) wurden im Oktober vier Personen im Zusammenhang mit den im Sommer veröffentlichten Meinungsumfragen über die iranisch-amerikanischen Beziehungen festgenommen. Die Umfrage wurde im Auftrag der Regierung und des Parlaments durchgeführt. Die beauftragten drei Institute, die die Umfrage in verschiedenen Bezirken Teherans durchführten, waren zu deckungsgleichen Ergebnissen gekommen. Demnach hatten rund 75% der Befragten dafür gestimmt, daß Iran und die USA in Verhandlungen treten und ihre seit der Geiselaffäre von 1979 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen sollten. Für die Konservativen war dieses Ergebnis eine Ohrfeige. Die von ihnen kontrollierte Justiz ließ alle drei Institute schließen und die Institutsleiter und einige Mitarbeiter in Haft nehmen.

Den Meinungsforschern wird vorgeworfen, die Befragten manipuliert und statt einer Meinungsumfrage, eine „Meinungsmache“ veranstaltet zu haben. Konservative Zeitungen zählten die üblichen Beschuldigungen auf. Die Institute hätten im Auftrag ausländischer

Geheimdienste gehandelt. Das Ziel sei die Diskreditierung nicht nur Irans, sondern des Islams gewesen. Die Reformer, besonders die im Parlament wehrten sich gegen diese Vorwürfe. Schließlich hatten sie die Institute beauftragt, ja sogar die Fragen selbst formuliert. Sie forderten die sofortige Freilassung der Inhaftierten. Wie aus dem Kreis um Staatspräsident Chatami bekannt wurde, beauftragte er eine Kommission, sich mit diesem Fall zu befassen.

Die Justiz ignorierte die Proteste. Am 3. Dezember wurde der Prozeß gegen die Meinungsforscher eröffnet. Für die sonst langsam mahlenden Mühlen der iranischen Justiz ist das Tempo erstaunlich schnell. Der Prozeß wird von dem umstrittenen Richter Said Mortazawi geleitet, der zahlreiche Journalisten verurteilte und Zeitungen verbot. Den Angeklagten wird Kontakt zu ausländischen Geheimdiensten, insbesondere zu denen Großbritanniens und der USA, Verrat von Staatsgeheimnissen, Volksverhetzung und Gefährdung der nationalen Sicherheit vorgeworfen. Der Vorwurf der Spionagetätigkeit tauchte allerdings bislang nicht auf.

Der Leiter des Meinungsforschungsinstituts Ajandeh, das dem Kultusministerium untergeordnet ist, wird beschuldigt, die Umfrage im Auftrag des US-Instituts Gallup, das seinerseits mit dem US-Geheimdienst in Verbindung stehe, durchgeführt zu haben. Er habe Informationen über „die Meinung der Iraner“, über mögliche Kandidaten für die Präsidentschaftswahl, über das Atomkraftwerk Bushehr und über das „landesweite Handy-Netz“ „verraten“.

Während des Prozesses kam es zu einem spektakulären Auftritt des Angeklagten Abbas Abdi. Abdi gehört zu den populärsten Politikern und Journalisten der Reformbewegung, deren radikalen Flügel er vertritt. Zu Beginn der Revolution gehörte er zu den treuesten Anhängern des Ayatollah Chomeini. Bei der Besetzung der amerikanischen Botschaft im November 1979 in Teheran und der Geiselnahme der Botschaftsangehörigen gehörte er zu den eifrigsten Besatzern. Wie viele damaligen Anhänger des Revolutionsführers hat auch Abdi im Laufe der Jahre einen erstaunlichen Wandel durchgemacht, soweit, daß er sich vor einigen Jahren mit einer der amerikanischen Geiseln in Paris traf

und sich für die Geiselnahme entschuldigte.

Abdi war auch einer der ersten, der erklärte, die Reformer müssten bei anhaltender Blockadepolitik der Konservativen die Regierung und das Parlament verlassen und ihre Aktivitäten außerhalb der etablierten Macht fortsetzen. Und er gehörte ebenso zu den ersten, die den Reformern eine Volksbefragung über die politische Zukunft des Landes vorschlugen. Schließlich gehörte Abdi zu den schärfsten Kritikern der Konservativen, insbesondere der Justiz.

Alle Beobachter erwarteten, daß Abdi seinen Auftritt bei dem Prozeß zu einer Generalabrechnung mit der iranischen Justiz benutzen werde. Das Gegenteil geschah. Abdi wirkte apathisch. Er hatte seine Rede schriftlich notiert und las vom Blatt ab. Zu den Punkten der Anklage äußerte er sich nur kurz, räumte Fehler ein. Dann nahm er zu den allgemeinen politischen Fragen Stellung und bestritt dabei genau die beiden Thesen, die er zuvor vertreten und die ihn im ganzen Land berühmt gemacht hatten. Der Verzicht auf die Macht sei ein Fehler, ebenso die Durchführung einer Volksbefragung, sagte er. Die Rede wirkte vor allem auf die Reformer wie eine kalte Dusche. Zu bemerken ist, daß Abdi führendes Mitglied der Partei Mosharekat ist, jener Partei, die vom Bruder des Staatspräsidenten Chatami geführt wird und im Parlament die größte Fraktion bildet.

Zwei Tage nach dem Auftritt veröffentlichte die Mosharekat-Partei zu Abdis Äußerungen eine offizielle Stellungnahme. Darin heißt es, die Angeklagten seien während der gesamten Zeit der Untersuchung in Einzelhaft gewesen. Abdis Auftritt habe Fragen aufgeworfen, die sich sicherlich erst dann klären ließen, wenn er sich in Freiheit befände. Ohne es direkt anzusprechen, geht die Partei in ihrer Stellungnahme davon aus, daß Abdi durch Folter zu seinen Aussagen gezwungen worden sei. Andere Stimmen der Reformer außerhalb der Partei äußerten sich ähnlich. Dagegen wurden Abdis Äußerungen im Lager der Konservativen mit Genugtuung und auch Schadenfreude aufgenommen.

Das Vorgehen gegen Abdi bestätigt ein Gerücht, das seit Wochen im Umlauf ist. Es besagt, daß die Moderaten im Lager der Konservativen und der Reformer übereingekommen seien, die radikalen auf beiden Seiten auszuschalten und so den Fortbestand der Islamischen Republik zu sichern. Der frühere Staatspräsident Hashemi Rafsandjani gilt als Architekt dieses Plans. Vermutlich hofft er damit in der Rolle des Retters der Nation in Not, wieder die Macht erobern zu können.

Der Ausgang des Prozesses ist ungewiß. Es gilt als sehr unwahrscheinlich, daß die Angeklagten bald in die Freiheit entlassen werden. Generell wird mit hohen Haftstrafen gerechnet.

Präsident Chatami nahm nur indirekt zu Abdis Auftritt Stellung. Er sagte: „Zurzeit gibt es in unserem Land ein widerliches und beschämendes Phänomen, das die Bezeichnung ‚Entlarvung‘ trägt. Die Persönlichkeit von Menschen wird all zu leicht mit Füßen getreten, deren Würde bei den Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen geopfert.“

Studentenorganisation Tahkim Wahdat plädiert für Volksbefragung

Das Teheraner Büro der größten Studentenorganisation des Landes Tahkim Wahdat veröffentlichte am 7. Januar eine Erklärung über den laufenden Prozeß gegen drei Meinungsforscher. Der Prozeß habe bei eingeweihten Politikern „ein bitteres Lächeln“ hervorgerufen, „ein Lächeln zum Einen über die Dummheit jener Leute, die längst erprobte und gescheiterte Methoden wiederholen und zum anderen über jene Herrscher des Landes, die weder das Wohl ihres Volkes im Sinn haben noch ihre eigenen Interessen richtig einschätzen können.“

Die Angeklagten Abbas Abdi, Hossein Ghazian und Behruz Geranpajeh seien nach fünfzig Tagen Einzelhaft zum Gericht gebracht worden und hätten hier Äußerungen von sich gegeben, die ihren bekannten Ansichten völlig widersprachen. Hier müsse die Justiz auf die Frage antworten, was im Gefängnis geschehen sei.

Bei genauerer Betrachtung der politischen Lage könne man feststellen, daß die diktatorisch gesinnten Machthaber

des Landes der Rolle ausländischer Mächte mehr Bedeutung beimessen als dem Willen des eigenen Volkes, weil sie ihre Basis im Volk verloren hätten, schreiben die Studenten. Diese Machthaber seien zu dem Schluss gekommen, daß über das Schicksal Irans nicht im Inland, sondern im Ausland entschieden werde. Ihre Absicht sei, bevor der Konflikt mit dem Irak geklärt und Iran an die Reihe komme, alle alternativen Kräfte auszuschalten, um sich selbst als einzigen Verhandlungspartner anbieten zu können. Ein Mittel dazu seien Prozesse, bei denen Persönlichkeiten wie Abdi denunziert und der Spionagetätigkeit bezichtigt werden. Das Ziel sei die Beseitigung profilierter Reformer und letztendlich die Absetzung der Regierung Chatami.

Die Studenten erklären, sie seien entschlossen, ihren Weg fortzusetzen, selbst dann, wenn nicht nur Persönlichkeiten wie Abdi, sondern auch Präsident Chatami ihre Ansichten und Überzeugungen widerrufen würden. „Wir stehen zu dem, was wir beschlossen haben. Die Forderung nach einem Referendum ist ein verbrieftes Recht des Volkes. Wir verlangen, daß das Volk über das weitere Schicksal des Landes befragt wird.“

Zum Schluß erklären die Studenten, sie stünden nach wie vor zu den Ansichten, die Abdi vor seiner Gefangenschaft geäußert habe, daran werde auch die Tatsache, daß Abdi dem Druck im Gefängnis nicht Widerstand geleistet habe, nichts ändern. „Wir brauchen keine Helden, die Emotionen wecken, sondern normale Menschen, die mit Klarheit, Weitsicht und Vernunft versuchen die Menschen zu überzeugen.“

Iran sichert jüdischen Bürgern ihre Rechte zu

Wie die Deutsche Presseagentur meldet, hat Iran die Wahrung der Rechte iranischer Juden zugesichert. Die Agentur beruft sich auf einen Bericht des staatlichen Fernsehens IRIB. Bei einem Treffen mit einer Gruppe jüdischer Vertretern und Rabbinern habe der frühere Staatspräsident Ali Akbar Hashemi Rafsandjani gesagt, es gebe eine klare Unterscheidung zwischen der Führung in Israel und den Juden im allgemeinen und speziell den iranischen Juden. Die Rechte iranischer Juden würden wie die

anderer religiöser Minderheiten im Land gewahrt.

Nach der islamischen Revolution wurden die Beziehungen zu Israel abgebrochen. Offiziell erkennt Iran Israel nicht an. Im Iran leben rund 35.000 Juden.

Wächterrat weist den Beschluss des Parlaments zum Folterverbot zurück

Wie bereits berichtet (IR 9) hatte das Parlament, das mehrheitlich von Reformern besetzt ist, schon im März dieses Jahres ein Gesetz zum Verbot von Folter verabschiedet, das jedoch mit Änderungsvorschlägen versehen vom Wächterrat an das Parlament zurückverwiesen wurde. Die Vorschläge lösten im Parlament eine lange Debatte aus. Schließlich legte der Justizausschuss dem Parlament einen geänderten Entwurf vor, den die Mehrheit nicht akzeptieren wollte.

§ 1 der veränderten Fassung lautete: „Folgende Handlungen werden als Folter betrachtet und entsprechend bestraft: Sämtliche Handlungen, die als psychischer Druck auf Gefangene betrachtet werden, Beschimpfungen und Beleidigungen, Anwendung von Medikamenten, die bei Gefangenen bestimmte psychische Wirkungen erzeugen, Unterlassung notwendiger, medizinischer Versorgung, Quälen der Gefangenen durch Hunger, Durst und Lärm, Verbot der Lektüre von erlaubten Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, Druckausübung auf Familienangehörige und Verhinderung der Gefangenen, ihre religiösen Verpflichtungen zu erfüllen.“ § 2 wurde wie folgt verändert: „Folgende Handlungen werden, wenn sie zur Erlangung von Geständnissen eingesetzt werden, als Folter betrachtet: jede Art körperlicher Qual, Einzelhaft, Schlafentzug, Schließung der Augen mit Augenbinden, Durchführung von Verhören während der Nacht, Ausgangs- und Besuchsverbot.“

Mohsen Armin, Stellvertreter des Ausschussvorsitzenden für nationale Sicherheit und Außenpolitik lehnte den Entwurf ab mit der Begründung, der 2. Paragraph sei ein Freibrief für Misshandlungen, denn es könne immer behauptet werden, daß sie nicht zur Erlangung von Geständnissen erfolgt seien. Er sagte: „Es ist besser, auf ein Gesetz gegen Folter zu verzichten als Mißhandlungen, selbst wenn sie eingeschränkt werden, zu legitimieren.“

Nach einer langen Debatte wurde Mitte Dezember ein neuer Entwurf verabschiedet und dem Wächterrat vorgelegt. Am 6. Januar wies der Wächterrat auch die überarbeitete Vorlage zurück. Wie die iranische Nachrichtenagentur berichtet, sei vor allem das Verbot von Isolationshaft im Wächterrat auf Ablehnung gestoßen. Nun wird die Prozedur von vorn beginnen.

Nach einem Bericht der Tageszeitung Keyhan wurden am 7. Januar in der südiranischen Stadt Kerman zwei Iranern zur Strafe für wiederholte Diebstähle mehrere Finger ihrer rechten Hand amputiert.

Iran will Steinigung abschaffen

Die Parlamentsabgeordnete Djamileh Kadivar gab Ende Dezember der Presse bekannt, daß Steinigungen in Iran abgeschafft werden soll. Alle Richter seien angewiesen, auf die entsprechende Anordnung zu achten. Bisher hatte es zahlreiche Steinigungen in Iran gegeben. Diese Strafmaßnahme wird zumeist im Falle des Ehebruchs oder bei unerlaubten sexuellen Beziehungen angewandt. Es ist bei Steinigungen vorgeschrieben, daß Männer bis zur Hüfte und Frauen bis zur Brust eingegraben und gesteinigt werden.

Kadivar sagte, die Anordnung gelte bis zur Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes. Sie betonte, daß diese Anordnung unabhängig vom Druck der Europäischen Union erfolgt sei. Die Entscheidung sei eine „Entwicklung der Rechtsprechung des schiitischen Islam“. Dennoch sind politische Beobachter in Teheran der Ansicht, daß die Anordnung als Zugeständnis gegenüber einer EU-Delegation erfolgte, die sich zu der Zeit zu Gesprächen in Teheran aufhielt. Die EU führt zurzeit mit Iran Gespräche über ein umfassendes Handelsabkommen. Dabei macht sie das Abkommen von bestimmten politischen Bedingungen abhängig, zu denen auch die Einhaltung der Menschenrechte gehört. Einige Journalisten in Iran meinten, es könne kein Zufall sein, daß der Beschluss zeitgleich mit dem Aufenthalt der EU-Delegation in Teheran gefaßt wurde. Die Parlamentsabgeordnete Elahe Kulai äußerte die Ansicht gegenüber der Deutschen Presseagentur, nur der Druck von außen könne

die Gleichheit zwischen Frauen und Männern in Iran herstellen. Eigentlich ziemt es sich für einen Staat, der auf seine Unabhängigkeit stolz sei nicht, daß wichtige Veränderungen durch den Druck von außen erfolgen. Doch leider sei die iranische Justiz nicht anders zu bewegen, sagte die Politikerin.

Die Reformer in Iran bemühen sich seit langem, Steinigungen abzuschaffen. Sie vertreten die Auffassung, daß diese Strafmaßnahme entgegen der Behauptung der Konservativen keineswegs vom Koran vorgeschrieben sei.

Das iranische Parlament bezeichnet das Todesurteil gegen Aghadjari als irrelevant

Die Tageszeitung „Iran“ berichtet, daß der Justizausschuß des iranischen Parlaments am 7. Dezember die Debatte über die Petition Professor Aghadjaris beendete und dessen Einwände gegen das Urteil akzeptierte. Hashem Aghadjari hatte im Sommer vergangenen Jahres in einem Vortrag die konservative Geistlichkeit scharf angegriffen und ihr vorgeworfen, jede Reform und jeden Fortschritt zu blockieren. Der Ausschuß legte dem Präsidium des Parlaments ein 11 Seiten langes Papier vor. Darin wird begründet, warum das Urteil gegen Aghadjari unhaltbar sei: u.a. sei bereits vor dem Prozeß gegen Aghadjari eine Pogromstimmung erzeugt worden. Auch seien die Methoden des Verhörs sowie die Art der Prozeßführung völlig einseitig und gegen den Angeklagten gerichtet gewesen.

Dawud Hassanzadegan, Mitglied des Ausschusses, erklärte gegenüber der Zeitung „Iran“, der Ausschuß habe sich sehr intensiv mit dem Fall befaßt, alle Unterlagen geprüft und Zeugen angehört. Das Ergebnis sei, daß nach Ansicht des Ausschusses der Prozeß fehlerhaft geführt und aus diesem Grund das Urteil unter keinen Umständen akzeptabel sei.

Landesweite Kommunalwahlen am 28. März 2003

Mohammad Ali Moshfegh, Wahlleiter des Innenministeriums, gab auf einer Pressekonferenz bekannt, daß am 28. Februar im ganzen Land Kommunalwahlen stattfinden werden. Erst vor vier Jah-

ren wurden zum ersten Mal in der Islamischen Republik Kommunalwahlen durchgeführt. Dabei konnten die Reformer einen großen Sieg erringen und die meisten Kommunen erobern. Diese Wahlen waren nach dem Sieg bei den Präsidentschaftswahlen von 1997, bei denen Chatami als Sieger hervorging, die zweite eindeutige Absage an die konservativen Islamisten. Auch die Wiederwahl Chatamis bei den Präsidentschaftswahlen von 2001 wurde allgemein als Volksentscheid für die Reformbewegung und gegen die Konservativen gedeutet. Den nun bevorstehenden Kommunalwahlen Ende Februar wird eine große Bedeutung beigemessen, weil niemand genau einschätzen kann, wie sich die Bevölkerung verhalten wird. Denn fest steht, daß die Reformer, die kaum konkrete Erfolge vorweisen können, einen beachtlichen Teil ihrer Basis im Volk verloren haben. Die Frage ist nicht, ob sich die Wähler aufgrund dieses Mißerfolges für die Konservativen entscheiden werden - das ist so gut wie ausgeschlossen. Die Frage ist vielmehr, wie hoch die Wahlbeteiligung sein wird.

Moshfegh gab bekannt, daß sich rund 210.000 Kandidaten zur Wahl präsentieren würden, davon 1.400 in der Hauptstadt Teheran. In etwa 2000 Dorfgemeinden werde es mangels Kandidaten keine Wahl geben, sagte er. Im Vergleich zur ersten Wahlperiode habe sich die Zahl der Bewerber erheblich reduziert. Damals hätten sich 333.000 Bewerber registrieren lassen. Das läßt befürchten, daß auch die Wahlbeteiligung entsprechend niedriger ausfällt. In diesem Fall würden die Konservativen vermutlich das Wahlergebnis als Bestätigung für ihre Behauptung, die Reformbewegung unter Chatami werde vom Volk nicht unterstützt, interpretieren. Umso mehr sind nun die Reformer bemüht, die Wähler zur Teilnahme an der Wahl zu bewegen. Selbst der bekannte Professor Hashem Aghadjari, einer der Vordenker der Reformbewegung, der vor kurzen wegen seiner kritischen Äußerungen über die konservative Geistlichkeit zum Tode verurteilt wurde, schickte aus dem Gefängnis heraus einen Appell an die Wähler, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und nicht den Konservativen das Feld zu überlassen.

Auswanderung von Experten und Fachkräften

In ihrer Dezemberausgabe veröffentlichte die Monatsschrift „Eghtesad-e Iran“ (Iranische Wirtschaft) die Ergebnisse einer Umfrage über die Auswanderung von iranischen Experten und Fachkräften. Danach wünschen sich Dreiviertel der Befragten im Alter von unter 35 Jahren (davon 45% Männer, 55% Frauen) ins Ausland zu gehen. Je weiter die Ausbildung, kommentiert die Zeitschrift, desto dringlicher der Wunsch nach Auswanderung. Befragte mit Studienabschluß äußerten zu 100% die Absicht, sich nach Möglichkeit im Ausland niederzulassen. Fünfzig Prozent der Befragten begründeten ihren Auswanderungswunsch mit sozialen Argumenten. 46% meinten, die Möglichkeiten, eine angemessene Arbeit zu finden, seien in Iran zu gering. 36% führten wirtschaftliche und 27,5% politische Gründe an.

Bei der Frage nach ihren Forderungen, meinten die Befragten, sie verlangten von den Verantwortlichen des Staates Ehrlichkeit in Wort und Tat, Besserung der ökonomischen Verhältnisse, Schaffung von Arbeitsplätzen, Freiheit der Meinungsäußerung und soziale Sicherheit. Die Zeitschrift schreibt in ihrem Kommentar, unter den jungen Männern und Frauen mit Studienabschluss seien zurzeit 20%-30% arbeitslos, was zur Unzufriedenheit und einer schweren psychischen Belastung geführt habe.

Alireza Djabbari, Mitglied des iranischen Schriftstellerverbands, verhaftet

Parvaneh Shemirani, Ehefrau von Ali Djabbari, gab bekannt, daß ihr Mann von einer unbekanntem Gruppe festgenommen und abgeführt worden sei. Zwei Tage später habe sie erfahren, daß er sich in Polizeigewahrsam befinde. Djabbari ist Übersetzer und Mitglied des iranischen Schriftstellerverbands. Seine Frau sagte, die Männer, die ihren Mann abgeholt haben, hätten nicht wie Polizisten ausgesehen.

Die Tochter Djabbaris berichtete, drei Männer hätten etwa zwei Stunden lang die Wohnung ihrer Eltern durchsucht und Bücher, Manuskripte, Videofilme, Disketten und den PC ihres Vaters beschlagnahmt.

Politische Beobachter in Teheran äußern die Befürchtung, daß die Festnahme Djabbaris der Beginn einer neuen Kampagne gegen iranische Schriftsteller sein könnte. Die Befürchtung wird dadurch erhärtet, daß die ultrarechte Tageszeitung Keyhan, die gewöhnlich Tage oder Wochen vor einer Kampagne die Stimmung anheizt, mit der Denunzierung bekannter Schriftsteller begonnen hat. So veröffentlichte sie Anfang Januar eine dreiteilige Artikelreihe über den populären Schriftsteller Mahmud Doulatabadi. Sie warf ihm vor, vor der Revolution mit Kaiserin Farah zusammengearbeitet zu haben. Nach der Revolution habe Doulatabadi im In- und Ausland immer wieder gegen die islamische Revolution Stellung bezogen und sie zu diskreditieren versucht.

Iran bildet wieder Polizistinnen aus

Zum ersten Mal seit 1979, dem Jahr der Revolution, werden in Iran Polizistinnen ausgebildet. Wie die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtet, habe ein Sprecher einer Trainingsakademie der Polizei bekannt gegeben, daß im Oktober mehr als 400 Polizistinnen ihren Dienst antreten werden. Bisher beschäftigte die Polizei Frauen lediglich für die Durchführung von Leibesvisitationen oder Verwaltungsaufgaben. Für die künftigen Polizistinnen, die sich zurzeit in Ausbildung befinden, sollen die strengen Kleidungsvorschriften nicht gelten. So sollen sie z.B. keinen Schleier tragen, da er bei Einsätzen hinderlich sein könnte.

II. Wirtschaft

Benzinschmuggel von Iran nach Pakistan

Bei seinem Staatsbesuch in Pakistan brachte Präsident Chatami unter anderem das heikle Problem Schmuggel von Erdölprodukten und Benzin von Iran nach Pakistan zur Sprache. Dieses Thema war schon oft Gegenstand von Verhandlungen, die bisher allerdings zu keinem Ergebnis führten. Seit Jahren wird in Iran der Benzinpreis durch staatliche Subventionen auf einem niedrigen Stand gehalten. Ein Liter Benzin kostet zurzeit in Iran 500 Rial (etwa 6 Cent). In Pakistan ist er neun Mal teurer. Dort wird für ein Liter Benzin 4.500 Rial verlangt, Grund genug für ein lukratives Schmuggelgeschäft. In der Tat werden schätzungsweise täglich mehr als 200.000 Liter Benzin von Iran nach Pakistan geschmuggelt. An diesem Geschäft sind mafiöse Organisationen beteiligt. Dabei, vermuten politische Beobachter, haben auch einflußreiche Politiker beider Staaten die Hand im Spiel, ohne deren Unterstützung das Geschäft undenkbar wäre. Dieser illegale Export ist für Iran ein enormes Verlustgeschäft. Denn abgesehen von den Subventionen muß Iran selbst jährlich für über eine Milliarde Dollar Benzin einführen. Auch für die pakistanische Wirtschaft hat das Geschäft negative Folgen, denn alle, die legal importiertes Benzin verkaufen, können der Konkurrenz mit den Schmugglern nicht standhalten.

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und Pakistan

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und Pakistan liegen weit hinter den Erwartungen zurück, die man bei zwei bevölkerungsreichen Nachbarländern erwarten könnte. 1989 betrug das Handelsvolumen rund 200 Millionen Dollar, im Jahre 2000 fiel die Summe auf 120 Millionen Dollar. Sie ist jedoch in den letzten zwei Jahren wieder angestiegen. Der Pakistanische Staatspräsident Pervez Musharraf sagte in einem Interview mit der iranischen Nachrichtenagentur IRNA, Pakistan habe den Import vom Rohöl aus Iran auf einen Wert von 500 Millionen Dollar erhöht und erwarte im Gegenzug, daß Iran mehr Reis und Getreide aus Pakistan importiere.

Abgesehen von dem Warenaustausch zwischen den beiden Ländern gewinnt ein gemeinsam geplantes Projekt immer größere Bedeutung. Bereits im Februar vergangenen Jahres haben Iran und Pakistan ein Abkommen zum Bau einer Gaspipeline über einer Strecke von 2.600 Kilometer, von Iran über Pakistan nach Indien unterzeichnet. Indien braucht Gas und Iran ist sehr an der Gaslieferung interessiert. Auch Pakistan würde durch Zolleinnahmen hohe Gewinne erzielen. Das einzige Hindernis bilden die Konflikte zwischen Indien und Pakistan, um deren Beilegung sich Iran, wie Chatami vor seinem Staatsbesuch in Pakistan erklärte, verstärkt bemühen will.

Investitionen von im Ausland lebenden iranischen Unternehmern in Iran

Wirtschaft- und Finanzminister Tahmasseb Mazaheri erklärte, seinem Ministerium lägen Investitionsanträge von Unternehmern mit einem Kapital von insgesamt drei Milliarden Dollar vor. Er fügte hinzu, das Kapital von im Ausland lebenden Iranern werde denselben gesetzlichen Schutz genießen, der ausländischem Kapital gewährt wird. Das gelte allerdings nicht für das Kapital, das solche Unternehmer im Inland besitzen.

Behzad Tohidi, ein in den USA lebender Wirtschaftswissenschaftler meinte in einem Interview mit Radi Farda, dieser unterschiedliche Umgang mit dem Kapital iranischer Unternehmer im In- und Ausland werde keine Folgen für die Höhe der Investitionen haben. Denn selbstverständlich würden die im Ausland lebenden Iraner zunächst ihr Kapital ins Ausland transferieren, um es anschließend als Auslandskapital deklarieren zu können, damit sie die entsprechenden Vorteile genießen. Er fügte hinzu, die Angaben des Ministers seien nach seiner Auffassung zu optimistisch. Denn das eigentliche Problem für Investoren aus dem Ausland seien die unsicheren ökonomischen und politischen Verhältnisse des Landes. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre jede Investition im Iran ein Glücksspiel, auf das sich nur die wenigsten Unternehmer einlassen würden.

Die iranische Handelsbilanz

Das iranische Zollamt gab bekannt, daß Iran in den neuen Monaten des laufenden Jahres (das persische Jahr beginnt am 21. März) außer Erdöl Waren im Wert von 3,8 Milliarden Dollar exportiert habe. Hingegen liege der Wert der Waren, die während desselben Zeitraums importiert wurden, bei 16,2 Milliarden Dollar. Demnach lag der Wert der importierten Waren 4,26 mal höher als der Wert der exportierten Waren. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt der Export (außer Öl) einen Anstieg von 17%. Der in Paris lebende iranische Wirtschaftswissenschaftler Fereidun Khawand schätzt, daß der Export bis zum Jahresende ein Volumen von 5 Milliarden Dollar erreichen wird. Seinen Angaben zufolge stehen unter den Exportgütern der Reihe nach Teppiche, Pistazien und Eisenwaren an erster Stelle.

Der iranische Import wird, nach Schätzungen von Khawand, den Wert von 22 Milliarden Dollar erreichen. Die beachtliche Zunahme des Imports könnte der Regierung Chatami große Probleme bereiten. Denn sollten die zurzeit relativ hohen Erdölpreise auf dem Weltmarkt fallen, wäre Iran nicht imstande, seinen Handel auszugleichen.

Der Wertsteigerung des Euro und die iranische Wirtschaft

Innerhalb der letzten sechs Monate hat sich der Wert des Euro von 705 auf 836 Tuman erhöht. Ein Euro ist zurzeit 32 Tuman teurer als ein Dollar. Dieser rasche Wertanstieg hat auch in Iran das Vertrauen in die neue europäische Währung gesteigert. Wirtschaftsexperten fordern immer wieder die iranische Zentralbank auf, dem Euro mehr Gewicht einzuräumen. Dennoch hat die Wertsteigerung des Euro für die iranische Wirtschaft keine positiven Folgen. Da Iran, wie viele andere ölproduzierenden Staaten seine Einnahmen in Dollar erhält, hingegen einen großen Teil seiner Waren aus Europa einführt, wirkt sich die Schwächung des Dollars gegenüber dem Euro negativ aus. Iran hat im vergangenen Jahr etwa 20% seiner Kaufkraft auf dem europäischen Markt verloren. Wären die Ölpreise zurzeit nicht so hoch, wie sie sind, müsste Iran seinen Import aus Europa drastisch reduzieren.

III. Außenpolitik

Baut Iran Nuklearwaffen?

Nach einem Bericht des US-Nachrichtensenders CNN haben die USA angeblich Beweise über den Bau von zwei geheimen Atomanlagen in Iran. Die Anlagen sollen sich in der Nähe der Städte Natans und Arak befinden. Dies gehe aus Bildern hervor, die durch Satelliten aufgenommen worden seien. Auf diesen Bildern, die von einer privaten Firma aufgenommen und im September im Fernsehen gezeigt wurden, seien technische Einrichtungen zur Anreicherung von Uran zu erkennen. „Es sieht ganz danach aus, als ob Iran an sehr großen Nukleareinrichtungen arbeitet, die der Gewinnung von Material zum Atomwaffenbau dienen könnten“, sagte der Atomexperte David Albright vom Institut für Wissenschaft und internationale Sicherheit (ISIS), das CNN zufolge die Fotos analysiert hat.

Der iranische UN-Botschafter Djawad Sarif bestätigte in einem CNN-Interview die Existenz der im Bau befindlichen Anlagen, wies jedoch den Verdacht der militärischen Nutzung zurück. Die Anlagen seien nur für zivile Nutzung geplant, sagte der Botschafter. Auch das iranische Außenministerium reagierte auf den Bericht und erklärte, Iran halte sich an den geltenden internationalen Konventionen. Auch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) habe wiederholt bestätigt, daß Iran seine Anlagen nur für friedliche Zwecke nutze. Die Behauptungen seien nur die Wiederholung „altbekannter Propaganda mit dem Ziel, die Welt von den zionistischen Drohungen gegen die Region zu diesem sensiblen Zeitpunkt abzulenken“, sagte der Sprecher des Außenministerium Hamid-Reza Assefi.

Indes erklärte der IAEO-Generaldirektor Mohammed el Baradei in Wien, die von CNN gezeigten Bilder über angeblich geheime Atomanlagen seien für seine Behörde nicht neu. „Das ist für uns keine Überraschung“, sagte er. „Die iranische Seite hat bestätigt, daß sie eine Reihe nuklearer Einrichtungen baut. Sie hat uns eingeladen, diese auch anzusehen.“ Die Inspektion der Anlagen Irans sei zunächst für September geplant gewesen, doch auf Wunsch Irans sei der Termin auf kommenden Februar vertagt worden.

Am 15. Dezember erklärte der iranische Außenminister Kharrazi, die iranischen Atomprojekte in Arak und Natanz dienten ausschließlich zur Deckung der Energiebedürfnisse des Landes. Iran werde in den nächsten zwanzig Jahren 6000 Megawatt Strom brauchen, den die Kraftwerke liefern sollen.

Russland, das die Fertigstellung des Kernkraftwerks in Bushehr übernommen hat, wies die Behauptung zurück, an dem Bau von Atomwaffen in Iran beteiligt zu sein. Der russische Atomminister Alexander Rumjanzew sagte, sein Land sei lediglich an der Fertigstellung des Kraftwerks in Bushehr beteiligt. Rumjanzew kam Ende Dezember zu einem viertägigen Gespräch nach Teheran. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die nukleare Zusammenarbeit zwischen Russland und Iran sowie die Unterzeichnung eines Abkommens über die Wiederaufarbeitung gebrauchter Brennstäbe. Der Leiter der iranischen Atomenergiekommission Gholamreza Aghazadeh sagte, Iran wolle vor allem die Anlage in Bushehr 2004 in Betrieb nehmen.

General Nasser Mohammadifar, Kommandeur der Bodenstreitkräfte der Islamischen Republik Iran dementierte scharf die Behauptung der USA, das Atomkraftwerk in Bushehr diene zur Herstellung von Nuklearwaffen. Iran habe niemals die Absicht gehabt, Massenvernichtungswaffen herzustellen und werde auch in Zukunft darauf verzichten, sagte der General. Hingegen meinte Henri Sokolski, Geschäftsführer des „Nonproliferation Education Center“, in einem Interview mit Radio Farda (persischsprachige Sendung Radio Freies Europa), die Atomreaktoren in Bushehr seien durchaus in der Lage, Nuklearwaffen herzustellen. Sie hätten die Kapazität, innerhalb von zwölf Monaten das nötige Plutonium für sechzig Atombomben zu produzieren. Die Zeit zur Unterbindung der Produktionsvoraussetzungen sei längst abgelaufen. Russische Experten hätten die Fachkräfte Irans längst in allen Geheimnissen eingeweiht. Präsident Bush sei völlig im Recht, wenn er meine, im Iran müsse eine Macht regieren, die nicht die Absicht habe, Atomwaffen herzustellen.

Militärische Zusammenarbeit zwischen Iran und Pakistan

Im Anschluss an dem dreitägigen Staatsbesuch Präsident Chatamis in Pakistan gab Islamabad bekannt, daß beide Staaten in den nächsten Monaten gemeinsame militärische Manöver durchführen werden. Dies werde zur militärischen Stärkung beider Seiten beitragen. Bereits in der Vergangenheit hatte es des öfteren gemeinsame militärische Übungen zwischen der Marine beider Staaten gegeben. Auch leichte Waffen und Munitionen wurden ge- bzw. verkauft. Die politischen Beziehungen zwischen Iran und Pakistan sind seit der Zwischenlandung Präsident Musharafs auf seiner Reise nach New York in Teheran im November vergangenen Jahres intensiviert worden. Offenbar hat die amerikanische Militärpräsenz in der Region zu einer Annäherung der beiden Nachbarländer geführt.

Radio Freies Europa hat sein Persischprogramm auf täglich 24 Stunden verlängert

Seit Ende Dezember sendet Radio Freies Europa ein 24-stündiges Programm für persischsprachige Hörer. Bislang sendete RFE, das von den USA finanziert wird, zweimal täglich jeweils drei Stunden auf persisch. Der Persischsender nannte sich „Radio Azadi“ (Radio Freiheit). Nun ist die Sendung in „Radio Farda“ (Radio Morgen) umgetauft worden. Neben Nachrichten, Analysen, Kommentaren sollen Musiksendungen und Szene-Informationen insbesondere Jugendliche in Iran ansprechen. Sowohl Präsident Bush als Verteidigungsminister Rumsfeld haben in den letzten Monaten erklärt, das iranische Volk werde bald die Herrscher davon jagen. Die überwiegende Mehrheit des Volkes und insbesondere Jugendliche seien nicht gewillt, die islamischen Fundamentalisten zu dulden. Offenbar soll nun das neue Programm, das tatsächlich in Iran von vielen Menschen gehört wird, den zu erwartenden Prozeß der Beseitigung des Regimes beschleunigen. Wie hoch dieses Programm seitens der US-Regierung bewertet wird, läßt sich daran messen, daß das neue Programm mit einem Grußwort Präsident Bushs eröffnet wurde.

Der Präsident äußerte seine Freude darüber, daß er über „Radio Morgen“

mit den Menschen in Iran sprechen und sie begrüßen kann. Seit Jahren versorge Amerika über Radio Freies Europa die Menschen in Iran mehrere Stunden lang mit Nachrichten und Kultursendungen. „Dennoch haben sich Iraner an uns gewandt und gesagt, daß sie noch längere Radio- und Fernsehprogramme haben möchten, weil eine Handvoll Menschen, die ohne gewählt worden zu sein, sie beherrschen und daran hindern, unzensurierte Informationen zu erhalten. Daher werden wir von nun an ein 24-stündiges Programm mit Nachrichten, Musik und Kulturbeiträgen senden“, sagte der Präsident.

Der Präsident fuhr fort: „Die Menschen in Iran möchten für ihre Kinder ein freieres und fortgeschritteneres Land aufbauen, sie wollen in einem Land leben, das an der internationalen Völkergemeinschaft teilnimmt. Die Iraner verdienen eine freie Presse, um ihre Meinung äußern und zum Aufbau einer freien, offenen, demokratischen Gesellschaft ihren Beitrag leisten zu können. Meine Gedanken und mein Gebet gelten allen Iranern, insbesondere den zahlreichen Familien jener, die sich heute in Gefangenschaft befinden, weil sie mutig ihre Hoffnung und Träume von einer besseren Zukunft zum Ausdruck gebracht haben.“

Wir werden die Menschen in Iran bei ihrem Streben nach Freiheit, Fortschritt, nach einer effektiven und ehrlichen Regierung, nach einer menschenwürdigen Gerichtsbarkeit und einem Rechtsstaat begleiten und wir werden weiterhin den iranischen Staat auffordern, sich dem Willen des Volkes zu beugen. Ich wiederhole, sollte Iran seine internationalen Verpflichtungen wahrnehmen und nach einer Zukunft mit mehr Freiheit und Offenheit streben, wird das Land keine besseren Freunde finden können als die Vereinigten Staaten von Amerika.“

Außenminister Kharrazi wurde wegen eines geplanten Treffens mit dem irakischen Außenminister Sabri kritisiert.

Der der Reformfraktion angehörende Parlamentsabgeordnete Nureddin Pirmozan kritisierte Außenminister Kharrazi, den irakischen Außenminister Sabri nach Teheran eingeladen zu haben. Wie das persischsprachige Programm der Deutschen Welle meldete, hat Pirmozan

in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP einen entsprechenden Bericht der Tageszeitung Tehran Times bestätigt. Er sagte: „Wir sind nicht sicher, ob der irakische Außenminister, Nadji Sabri, die Absicht hat, nach Iran zu kommen. Sollte er aber seinen Fuß auf iranischen Boden setzen, werden wir Außenminister Kharrazi zur Verantwortung ziehen“.

Wie die Tehran Times berichtet, äußerte der Parlamentsabgeordnete Pirmozan seine Empörung über einen möglichen Besuch des irakischen Außenministers in Teheran. Sabris Besuch im September vergangenen Jahres in Teheran hatte national und international eine Welle von Kritik gegen die islamische Republik ausgelöst. Die Iraner erinnern sich noch gut an den achtjährigen Krieg zwischen 1980 und 1988, dem über eine Million Menschen auf beiden Seiten zum Opfer fielen. Jeder in Iran weiß, daß die Iraker in diesem Krieg chemische Waffen eingesetzt und damit zehntausende von iranischen Soldaten getötet haben. Pirmozan erinnerte an diesen Krieg und sagte: „Der irakische Staatspräsident Saddam Hossein hat sich bei Kuwait entschuldigt, weil seine Truppen zwei Monate das Land besetzt hatten. Aber er war nie bereit, sich beim iranischen Volk zu entschuldigen, obwohl Irak einige Gebiete Irans acht Jahre lang besetzt hielt.“

Der Bericht über einen möglichen Besuch des irakischen Außenministers wurde von einer Internetseite der Konservativen verbreitet, vermutlich um gegen die Regierung Chatami Stimmung zu erzeugen. Selbstverständlich wäre ein Besuch des irakischen Außenministers zum jetzigen Zeitpunkt, da die USA einen militärischen Angriff gegen Irak vorbereiten, eine unnötige Provokation, die Iran keinerlei Vorteile bringen würde.

Inzwischen hatten rund hundert Parlamentsabgeordnete schriftlich gegen den Besuch des irakischen Außenministers protestiert und erklärt, sollte der Besuch tatsächlich stattfinden, würden sie im Parlament einen Mißtrauensantrag gegen Außenminister Kharrazi stellen. Das iranische Außenministerium reagierte auf dieses Protestschreiben und erklärte, der irakische Außenminister werde nicht nach Teheran kommen.

Unterdessen berichtete die von Konservativen betriebene iranische Webseite Daricheh Iran werde im Falle eines militärischen Angriffs gegen Irak sieben Lager für Flüchtlinge aus dem Nachbarland einrichten. Die Lager sollen an der Grenze zum Irak im Südwesten und im Westen Irans aufgebaut werden. Einen Tag davor hatte der iranische Innenminister Abdolwahed Mußawi Lari erklärt, Iran werde seine Grenzen für irakische Kriegsflüchtlinge nicht öffnen, denn sein Land habe im Laufe der letzten Jahre mehr als zwei Millionen afghanische Flüchtlinge aufgenommen. Iran plane jedoch die Einrichtung von Pufferzonen entlang der Grenze zum Irak. Dort könnten Kriegsflüchtlinge auf irakischem Gebiet versorgt werden.

Iran weist erneute Vorwürfe von US-Verteidigungsminister Rumsfeld, die Terrororganisation El Qaida zu unterstützen, scharf zurück.

„Die Behauptung ist eine schamlose Lüge“, sagte der iranische Geheimdienstminister Ali Junessi. Sein Land habe im Kampf gegen die Taliban einen hohen Preis bezahlt. Während die Taliban Iran mit Drogen überschwemmten und durch Unterdrückung der Bewohner ihres Landes eine Massenflucht aus Afghanistan auslösten, hätten die USA, Pakistan und Saudi-Arabien sie unterstützt. Seit dem Sturz des Regimes in Afghanistan hätten iranische Sicherheitsbeamte rund 250 Mitglieder der El Qaida festgenommen und in ihre Heimatländer abgeschoben.

Mohsen Rezai, ein hohes Mitglied im iranischen Schlichtungsrat meinte in einem Interview mit der iranischen Tageszeitung Hajat-e No, die USA planten, nach Irak Iran militärisch anzugreifen. Früher hätten die Amerikaner Irak zu einem Krieg gegen Iran getrieben, um die islamische Revolution zu vernichten. „Heute schmieden sie abermals ein Komplott gegen die Islamische Republik“, sagte Rezai. Doch die Amerikaner sollten wissen, Iran sei weder mit Irak noch mit Afghanistan oder Nordkorea gleichzusetzen.“

UNO-Menschenrechtskommission schickt Beobachterdelegationen nach Iran

Die UNO gab bekannt, daß sie im Februar der Einladung der iranischen Regierung folgen und die Lage der Menschenrechte in Iran prüfen wird. Es sei geplant, daß UNO-Beauftragte in kurzen Zeitabständen Iran besuchten. Die erste Reise, bei der die Situation der politischen Gefangenen beobachtet werden soll, werde im Februar stattfinden. Im April werden sich UNO-Delegierte um verschwundene Oppositionelle kümmern. Im Mai soll die Lage der Frauen untersucht werden und wenig später werde die Frage der Freien Meinungsäußerung im Mittelpunkt der Untersuchung stehen. Die letzte direkte UNO-Beobachtung in Iran fand 1996 statt. Seitdem hatte sich Iran geweigert, Menschenrechtsbeauftragten die Einreise zu gestatten.

Mehr als 200 Iraner und Iranerinnen in US-Untersuchungshaft

Am 23. Dezember demonstrierten zahlreiche Iraner, Libyer, Sudanesen und Iraker gegen die Festnahme ihrer Landsleute in Los Angeles. In den Tagen davor hatten die US-Behörden unter anderem rund 200 Iraner, die angeblich Straftaten begangen hätten oder sich illegal in den Vereinigten Staaten aufhielten, festgenommen. Ein Teil der Festgenommenen wurde am selben Tag wieder freigelassen, während ein anderer Teil weit von dem eigenen Wohnort entfernt, in Untersuchungshaft gesteckt wurde. Es wird allgemein angenommen, daß die Verhaftungen im Rahmen des verschärften Kampfes gegen Terrorismus erfolgt sind. Auch die iranische Regierung hat gegen die Festnahme scharf protestiert. Der schweizer Botschafter in Teheran, der auch die Interessen der USA in Iran vertritt, wurde zur Entgegennahme des Protestes ins iranische Außenministerium einbestellt.

EU-Delegation in Teheran

Nach einer Meldung der Deutschen Welle hielt sich eine 20-köpfige EU-Delegation am 16. und 17. Dezember zu Gesprächen in Teheran auf. Die Europäische Union erklärte bereits zuvor, daß sie an der Vertiefung ihrer Beziehungen zu Iran und an dem Abschluss

eines umfassenden Handelsabkommens mit Iran interessiert sei, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß Iran auf die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln verzichtet, sich aktiv am internationalen Kampf gegen Terrorismus beteiligt, sich für den Frieden im Nahen Osten einsetzt und schließlich die Menschenrechte im eigenen Land achtet. Zwei Tage nach der Rückreise der Delegation veröffentlichte die EU eine Erklärung, in der die Bereiche, in denen die Menschenrechte missachtet wurden, konkretisiert wurden: Verbot liberaler Zeitungen und Zeitschriften, Verhaftung von Studenten und anderen Oppositionellen, öffentliche Hinrichtungen, Steinigungen, öffentliche Auspeitschungen, Amputationen, Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, Unterdrückung ethnischer Minderheiten. In der Erklärung wurde betont, daß die EU die Einhaltung der Menschenrechte als unverzichtbar betrachtet.

Die Delegation, die sich in Teheran aufhielt, forderte die iranische Regierung auf, sich für die Freilassung aller inhaftierten Studenten einzusetzen, Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu beseitigen, Folterungen in den Gefängnissen zu verbieten, die Rechte der Minderheiten zu achten.

Die Deutsche Welle meldete, daß die EU eine Frist von drei Monaten festgesetzt habe. Nach dieser Frist, werde sie die Gespräche mit der iranischen Regierung fortsetzen. Sowohl iranische als auch europäische Menschenrechtsorganisationen sowie die meisten oppositionellen Gruppen im Ausland haben das Vorgehen der EU begrüßt. Auch aus Kreisen der Reformer in Iran wurde die Initiative als positiv bewertet. Die Deutsche Welle meldet weiterhin, daß die Botschafter Italiens, Dänemarks, und Hollands in Teheran sich mit Siamak Purzand während dessen Hafturlaub getroffen haben. Purzand, der 71-jährige Journalist, wurde im Gefängnis durch Folter zu öffentlicher Selbstbeziehung gezwungen.

Das Auswärtige Amt in Berlin dementierte iranischen Zeitungsbericht

Die Tageszeitung Entekhab hatte berichtet, Außenminister Fischer habe in einem Telefongespräch mit seinem Amtskollegen Kamal Kharrazi mitgeteilt, daß „Amerika Saddam Hussein ohne Krieg, Blutvergießen und immense Mili-

tärausgaben stürzen will". Darüber herrsche zwischen den USA und Russland Übereinstimmung, schrieb die Zeitung. Das Auswärtige Amt dementierte den Bericht gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. „Diese Gesprächsinhalte sind völlig frei erfunden“, sagte eine Sprecherin des Ministeriums laut Reuters. Sie habe jedoch bestätigt, daß es zwischen Fischer und Kharrazi ein Telefongespräch gegeben habe. Der iranische Außenminister habe Fischer angerufen. Es sei um bilaterale und regionale Fragen gegangen. Inzwischen hat auch das iranische Außenministerium den Bericht von Entekhab dementiert.